

Mitteilungsvorlage	Vorlage-Nr.: 00/1000-2072/2020
---------------------------	---



<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Stadtrat (Bekanntgabe)	22.10.2020	Ö

<i>Betreff</i>
Anfrage Stadtratsmitglied Mack vom 28.09.2020 zu Reichsbürgerinnen/Reichsbürger in Würzburg

<i>Sachbearbeitende Dienststelle</i> Kommunalreferat (Ref. II)	<i>Datum</i> 26.09.2020
<i>Beteiligte Dienststelle/n</i> FB Allgemeine Bürgerdienste	
<i>Oberbürgermeister, Referats- bzw. Werkleitung</i> rechtsk. berufsm. Stadtrat Wolfgang Kleiner	

Mitteilung:

Sind der Verwaltung Fälle von selbsternannten "Reichsbürger:innen" oder "Selbstverwalter:innen" in unserer Stadt bekannt und wenn ja, um wieviel Personen handelt es sich?

Seit den tödlichen Ereignissen in Georgensgmünd am 19. Oktober 2016 geraten die o. g. Personengruppen verstärkt in den Fokus der behördlichen Bearbeitung. In der Stadt Würzburg wurde diesem Phänomen schnell und konsequent begegnet: Ab Mitte des 4. Quartals 2016 werden alle Erkenntnisse dazu einheitlich und systematisch gesammelt und ausgewertet.

- Durch wiederholtes Auftreten gegenüber der Stadtverwaltung mit einem Sprachgebrauch, der auf eine Zugehörigkeit zu dieser Personengruppe schließen lässt, sind im 4-Jahres-Zeitraum 4. Quartal 2016 bis 3. Quartal 2020 insgesamt 3 Personen aus der Stadt Würzburg als der Reichsbürgerszene sehr nahe stehend oder angehörig angesehen worden.

Weitere 20 Personen aus Würzburg sind in diesem 4-Jahres-Zeitraum durch ihre schriftliche oder mündliche, nicht wiederholte Ausdrucksweise als erfasst worden; hierzu liegen keine weiteren Erkenntnisse vor, ob sie tatsächlich Verdachtsfälle sind oder nicht.

- Bekannt wurden in der Würzburger Stadtverwaltung aber auch Fälle, die nicht in Würzburg wohnhaft sind: Hierbei wurden im o. g. Zeitraum insgesamt 4 Personen als der Reichsbürgerszene angehörig oder nahe stehend angesehen und weitere 27 Personen als mögliche Verdachtsfälle eingestuft.
- Hinzu kommen zwei mögliche Verdachtsfälle von Menschen ohne festen Wohnsitz.

- Weder einer Person noch einem konkreten Sachverhalt zugerechnet werden konnten in diesem 4-Jahres-Zeitraum insgesamt 16 Eingänge per Telefax oder per Post ohne Absender bzw. Absenderkennung.

Die Summe aller zuvor genannten Erfassungen verteilt sich auf die Jahre 2016 (24 Erfassungen), 2017 (21 Erfassungen), 2018 (10 Erfassungen), 2019 (10 Erfassungen) und 2020 (7 Erfassungen).

Werden die Fälle in der Verwaltung zentral erfasst? Wenn nein, sind entsprechende Maßnahmen geplant? Wenn ja, in welcher Form geschieht dies?

Alle referatsübergreifenden Erkenntnisse werden seit dem 4. Quartal 2016 systematisch und einheitlich nach einem definierten Meldebogen erfasst. Dienststellen, die durch direkte Vorsprachen oder schriftliche Eingaben Erkenntnisse gewinnen, melden dies unmittelbar an die beauftragte Stelle aus dem allgemeinen Sicherheitsrecht in Referat II.

Diese Erfassung findet dann in entsprechender Anwendung der Vorschriften über Verschlussachen statt; alle Erfassungen werden nach einem fest definierten Meldeweg unverzüglich dem Polizeipräsidium mitgeteilt.

In welchen Bereichen kommt es zu Problemen (zum Beispiel Zahlung von Bußgeldern, Rückgabe von Personalausweisen)? Bitte Fälle darstellen.

Eine Gefahren- oder Bedrohungslage, insbesondere für städtisches Personal, lag in keinem der erfassten Fälle vor.

In einem Fall wurde im Fortgang ein sogenannter "kleiner Waffenschein" freiwillig zurückgegeben, nachdem ein Einziehungsverfahren eingeleitet wurde. In einem anderen Fall wurde gegen das Passgesetz verstoßen. Die anderen Verdachtsfälle beziehen sich im Schwerpunkt auf Anträge nach dem "Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz" (Umbenennung im Jahr 2000), die nach dem heutigen Staatsangehörigkeitsgesetz nicht weiterbearbeitet wurde. Sehr vereinzelt sind Verdachtsfälle aus den städtischen Bereichen Vollstreckung, Forderungseinzug, Verkehrsordnungswidrigkeit und Pass- und Meldewesen dokumentiert. Anonyme Briefe oder Telefaxeingaben ohne Absenderkennung werden oftmals an die zentrale Poststelle adressiert.

Die möglichen Verdachtsfälle von Personen außerhalb Würzburg beziehen sich im Schwerpunkt auf Ordnungswidrigkeiten aus dem ruhenden und fließenden Verkehr sowie auf unberechtigte Urkundenanforderungen aus dem Standesamt.

Bisher wurde bei allen laufenden Verwaltungsvorgängen das objektive und rechtmäßige Verwaltungsverfahren konsequent durchgesetzt.

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um Mitarbeiter:innen der Verwaltung für die Problematik der "Reichsbürger:innen" oder "Selbstverwalter:innen" zu sensibilisieren?

Personal der Verwaltung wurde z. B. über die Bayerische Akademie für Verwaltungsmanagement, über Fachtagungen oder über In-House-Schulungen der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus geschult. Referatsübergreifend wurden auch betroffene Dienststellen individuell beraten und mit den Abläufen vertraut gemacht. Dabei wurde und wird stets betont, in jedem Einzelfall konsequent und schnell zu melden.

Neben fachlichen, themenbezogenen Rundschreiben der Regierung von Unterfranken, ministeriellen Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern oder Rundschreiben des Deutschen Städtetages wurde begleitend auch ein Merkblatt "Reichsbürger und Selbstverwalter: Harmlose Spinner oder gefährliche Extremisten?" vom Bayerischen

Landesamt für Verfassungsschutz mit Handlungsempfehlungen und Informationen referatsübergreifend ausgegeben.

Wie wird mit entsprechenden Fällen verfahren (z. B. Rückgabe von Ausweisdokumenten oder Weigerung Bußgelder zu begleichen)?

In den wenigen Verwaltungsvorgängen, in denen es notwendig war, wurden die entsprechenden Wege einer zwangsweisen Durchsetzung betrieben, namentlich im Wege eines Zwangsgeldes oder einer Vollstreckung.

Hinzuweisen ist noch auf die dienststelleninterne Praxis, dass ausnahmslos alle Fälle dahingehend überprüft werden, ob waffen-, jagd- oder sprengstoffrechtliche Erlaubnisse vorliegen. Auch wird stets geprüft, ob andere allgemein relevante Erkenntnisse, z. B. das Halten eines Kampfhundes, die Tätigkeit in einem meldepflichtigen oder erfassten Gewerbe, vorliegen.

Belange der gesellschaftlichen Vielfalt (Diversity) werden berührt:	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Ja
Bei „Ja“ ergänzende Informationen, wie die Belange berücksichtigt werden/wurden:				

Relevante Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimaanpassung:	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Ja
Bei „Ja“ ergänzende Erläuterungen:				

Die Ausführungen dienen zur Kenntnis.

Stadt Würzburg

Fachbereich Zentraler Service

28. Sep. 2020

Bezeichnung: Reichsbürger:innen in Würzburg

von: Mack, Konstantin

Datum: 26.09.2020, 14:03

Beratung: Stadtrat (Beantwortung im Gremium - öffentlich)

Sind der Verwaltung Fälle von selbsternannten „Reichsbürger:innen“ oder „Selbstverwalter:innen“ in unserer Stadt bekannt und wenn ja, um wie viele Personen handelt es sich? Werden die Fälle in der Verwaltung zentral erfasst?

Wenn nein, sind entsprechende Maßnahmen geplant?

Wenn ja, in welcher Form geschieht dies?

In welchen Bereichen kommt es zu Problemen (zum Beispiel Zahlung von Bußgeldern, Rückgabe von Personalausweisen)? Bitte Fälle darstellen.

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um Mitarbeiter:innen der Verwaltung für die Problematik der „Reichsbürger:innen“ oder „Selbstverwalter:innen“ zu sensibilisieren?

Wie wird mit entsprechenden Fällen verfahren (z.B. Rückgabe von Ausweisdokumenten oder Weigerung Bußgelder zu begleichen)?

Anlagen:

Werden Belange der gesellschaftlichen Vielfalt (Diversity) berücksichtigt?:

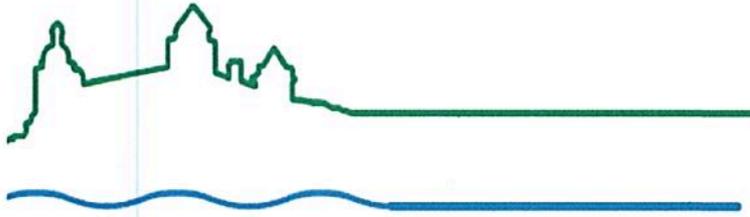
Wenn "Ja" bitte hier ergänzende Informationen:

Hat der Vorschlag relevante Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimaanpassung?:

Wenn "Ja" bitte hier ergänzende Informationen:

Einreicher:

Konstantin Mack



Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus • Rückermannstraße 2 • 97070 Würzburg

Stadt Würzburg
Herrn Oberbürgermeister
Christian Schuchardt
Rückermannstraße 2

Würzburg, 16.09.2020

Schriftliche Anfrage: Reichsbürger:innen in Würzburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Problematik und Gefahr, die durch die selbsternannten „Reichsbürger:innen“ und „Selbstverwalter:innen“ ausgeht, wurde lange Zeit unterschätzt. Einer breiten Öffentlichkeit wurde das Phänomen erst durch die tödlichen Schüsse auf einem Beamten eines Spezialeinsatzkommandos der bayrischen Polizei bekannt. Die tödlichen Schüsse haben auch zu einer Neubewertung durch die Sicherheitsbehörden geführt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet die Szene seit November 2016 und stellt im Verfassungsschutzbericht 2016 fest:

„Zu Reichsbürgern' und Selbstverwaltern' zählen Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen und deren Rechtssystem ablehnen. Dabei berufen sie sich etwa auf das historische Deutsche Reich, auf verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder auf ein selbst definiertes Naturrecht.“

Die Bundeszentrale für politische Bildung ordnete die Szene in eine rechtsextreme und verschwörungstheoretische Gruppe ein. Die Ideologie wird als antisemitisch, geschichtsrevisionistisch und demokratiefeindlich bezeichnet. Die Verwaltungen von Gemeinden, Landkreisen und Städten sind mit dem Problem der selbsternannten „Reichsbürger:innen“ oder „Selbstverwalter:innen“ in vielseitiger Weise konfrontiert. Dabei werden häufig keine Abgaben, Steuern, Buß- oder Strafgebühren gezahlt. Des Weiteren kommen Delikte wie beispielsweise das Fahren ohne Führerschein hinzu. Darüber hinaus werden

Mitarbeiter:innen der öffentlichen Verwaltung häufig beleidigt und immer wieder bedroht, wenn beispielsweise Bußgelder erhoben werden sollen.

Vor diesem Hintergrund reiche ich für die nächste Sitzung des Stadtrats am 22. Oktober 2020 reiche ich folgende Schriftliche Anfrage ein:

Sind der Verwaltung Fälle von selbsternannten „Reichsbürger:innen“ oder „Selbstverwalter:innen“ in unserer Stadt bekannt und wenn ja, um wie viele Personen handelt es sich? Werden die Fälle in der Verwaltung zentral erfasst?

Wenn nein, sind entsprechende Maßnahmen geplant?

Wenn ja, in welcher Form geschieht dies?

In welchen Bereichen kommt es zu Problemen (zum Beispiel Zahlung von Bußgeldern, Rückgabe von Personalausweisen)? Bitte Fälle darstellen.

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um Mitarbeiter:innen der Verwaltung für die Problematik der „Reichsbürger:innen“ oder „Selbstverwalter:innen“ zu sensibilisieren?

Wie wird mit entsprechenden Fällen verfahren (z.B. Rückgabe von Ausweisdokumenten oder Weigerung Bußgelder zu begleichen)?

Ich bedanke mich schon im Vorfeld für die Beantwortung dieser Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen

Konstantin Mack
Stv. Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90 / Die Grünen